

Stationen auf dem Weg nach Maastricht

Andreas Wirsching

Wohl nur bekennende Euroskeptiker dürften heute bestreiten, dass die 1980er Jahre einen entscheidenden Fortschritt im Prozess der europäischen Integration hervorgebracht haben. Wer diesem Prozess aufgeschlossen gegenüber steht, könnte sogar von einer Sternstunde Europas sprechen. Der Aufbruch in den Binnenmarkt und dann in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion lässt sich in seiner Dimension durchaus vergleichen mit anderen »Sternstunden« der europäischen Integration, etwa dem Jahre 1950 und der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl oder dem Jahre 1957 mit den Römischen Verträgen. Wenn man solche »Sternstunden« oder, neutraler formuliert, Höhepunkte in den langfristigen Zyklen der europäischen Politik zum Gegenstand wissenschaftlicher Analyse macht, stellt sich natürlich sehr bald die Frage nach den spezifischen, in einer bestimmten Periode zugrunde liegenden Antriebskräften. Zu einfach wäre es, würde man bloß vom intentionalen Handeln der Politiker sprechen, von den »großen Europäern«, die dem noch unklaren Verlauf der Geschichte im richtigen Augenblick die richtige Richtung verliehen haben. Zwar ist keineswegs zu bestreiten, dass es solche großen Europäer gab und gibt; ihre Namen sind geläufig. Aber sie selbst wären wohl die letzten, die leugnen würden, dass es überpersönliche Strukturen und funktionale Zusammenhänge sind, die den Erfolg eines politischen Willens überhaupt erst erlauben.

In diesem Zusammenhang ist der Zeitraum von der Mitte der achtziger Jahre bis zum Vertrag von Maastricht ein hochinteressantes Studienobjekt. Die wichtige, vielleicht historische Partnerschaft zwischen dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand fiel in diese Phase und ebnete in entscheidender Weise den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion. Wie unten noch näher zu zeigen sein wird, waren sich Kohl und Mitterrand der historischen Dimensionen dieser Partnerschaft in vollem Umfang bewusst; gerade wenn es um die wichtigen Basisentscheidungen auf dem Weg nach Maastricht ging, wurde die historische Erinnerung als Grundlage und Legitimation des politischen Willens regelmäßig evoziert. Darüber hinaus aber gilt es nach den überpersönlichen Strukturzusammenhängen, ja den Zwangslagen zu fragen, die dafür sorgten, dass die vielen ökonomischen, finanziellen und politischen Probleme der Epoche gewissermaßen in einem europäischen guten Willen aufgingen. Wenn man davon ausgeht, dass die spektakuläre *relance européenne* der achtziger Jahre

einem spezifischen Ineinandergreifen von strukturell begründeten Zwangslagen und intentionalem Regierungshandeln entsprang, so würde der hier interessierende Zeitraum nicht wenige Parallelen aufweisen mit einem anderen spektakulären Durchbruch zur europäischen Integration: dem Jahr 1950 und dem Schuman-Plan. Damals war aus der schwierigen Zwangslage der französischen Politik, die sich eingeklemmt wähnte zwischen angelsächsischer Deutschlandpolitik, bundesdeutschem Wiederaufbaustreben und eigener Wirtschaftsschwäche, der europäische Quantensprung des Supranationalismus geboren worden.¹

Um welche Strukturzusammenhänge und Zwangslagen ging es dagegen in den 1980er Jahren? Wenn man verschiedene Faktoren zusammenfasst, könnte man sich vielleicht auf vier solcher Zwangslagen einigen: die sicherheitspolitische, die wirtschaftliche, die finanzpolitische und schließlich die vereinigungspolitische Zwangslage. In einem letzten Gedankengang soll dann noch die Frage diskutiert werden, inwieweit man von einem europäischen Mythos sprechen kann.

1. Die sicherheitspolitische Zwangslage

Zu einem Zeitpunkt, als der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende der Militärblöcke noch überhaupt nicht abzusehen waren, wurde die Abhängigkeit Westeuropas von den Vereinigten Staaten einmal mehr klar erkennbar. Das Ende der Entspannungspolitik, die Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes, schließlich die erbitterte Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss hatten dies mehr oder minder drastisch vor Augen gestellt. Der Beginn der 1980er Jahre stand im Zeichen amerikanischer Versuche, in militärischer wie in politischer Hinsicht neue Stärke zu gewinnen. Nicht nur der Sowjetunion damit Paroli zu bieten war das Ziel; vielmehr wollte die Reagan-Administration die USA in die Lage versetzen, unilateral und weltweit ihre Rolle als Führungsmacht zu spielen und gegebenenfalls durchzusetzen.²

Polarisierung zwischen Ost und West bei gleichzeitigen Anzeichen eines US-amerikanischen Unilateralismus – beides zusammen akzentuierte das

1 Zu den komplexen Entstehungszusammenhängen des Schuman-Plans siehe Klaus SCHWABE (Hg.), *Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51*, Baden-Baden u. a. 1988. Vgl. die umfassende Darstellung von Ulrich LAPPENKÜPER, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der »Erbfeindschaft« zur »Entente élémentaire«*, Bd. 1: 1949–1958, München 2001, hier S. 229–276.

2 Vgl. die Beiträge in Helga HAFTENDORN u. Jakob SCHISSLER (Hg.), *Rekonstruktion amerikanischer Stärke. Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik der USA während der Reagan-Administration*, Berlin 1988. Besonders kritisch in dieser Hinsicht: Jeff MCMAHAN, *Reagan and the World. Imperial Policy in the New Cold War*, New York 1985, v. a. S. 75–86.

westeuropäische Bewusstsein von einer Krise im transatlantischen Bündnis und einer potentiell gefährlichen Sicherheitslücke.³ Im Extremfall erschienen Westeuropa – und die Bundesrepublik im besonderen – nur noch als Vorposten oder gar als nukleares Aufmarschgebiet für amerikanische Weltmachtinteressen. Hartnäckig hielten sich jene Gerüchte und Meldungen, in denen Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Reagan und seiner Berater kolportiert wurden, ein »begrenzter« Atomkrieg mit »taktischen« Nuklearwaffen sei im Prinzip führbar;⁴ entsprechend wuchsen sich die Zweifel im Hinblick auf den amerikanischen Verhandlungsernst bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf. Zugleich konnten sich das Engagement gegen die Nachrüstung und das Ressentiment gegen die USA auch – wie in Washington stets mit besonderem Interesse vermerkt wurde – mit nationalen oder gar nationalistischen Tönen verbinden.⁵

Zwar erkannten die Staats- und Regierungschefs in Europa, dass – wie in der Vergangenheit auch – eine eigenständige Gewährleistung westeuropäischer Sicherheit aus strategischen und geopolitischen Gründen sowie aus Mangel an Ressourcen nicht möglich war. Dementsprechend eindeutig setzten sie sich nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen für den Nachrüstungsbeschluss ein; zugleich aber forderten sie eine engere Abstimmung und Verflechtung *europäischer* Sicherheitspolitik. Dies betraf im besonderen Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland. Im Zuge der 40. deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Oktober 1982 vereinbarten beide Seiten eine Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Unter Bezugnahme auf den Deutsch-französischen Vertrag von 1963 wurde ein gemeinsamer Ausschuss für Sicherheits- und Verteidigungsfragen begründet, der in der Folgezeit regelmäßig tagen sollte.⁶

Im Rückblick fällt es nicht schwer, von diesen Initiativen – im Zeichen des europäischen Sicherheitsdilemmas, aber noch inmitten der Zeiten der »Euro-

3 Vgl. Dieter DETTKE, *Westeuropas Sicherheitspolitik*, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration* [JBEI] 1983, Bonn 1984, S. 240–248.

4 Anton-Andreas GUHA, »Der Dritte Weltkrieg findet in Europa statt«, in: *Frankfurter Rundschau*, 29.4.1981; Michael NAUMANN, »Aufstand der Angst«, in: *Die Zeit*, 23.4.1982; »USA: Atomkrieg doch führbar?«, in: *Der Spiegel*, Nr. 35 (1982), S. 104f. Vgl. *Kronzeugen gegen die »Nach«-Rüstung*. Eine Dokumentation von Franz H. WALDMANN, Stuttgart 1983.

5 Vgl. Kim R. HOLMES, *The West German Peace Movement and the National Question*, Cambridge/Mass. 1984, hier S. 10ff.

6 Vgl. Valérie GUÉRIN-SENDELACH, *Ein Tandem für Europa? Die deutsch-französische Zusammenarbeit der achtziger Jahre*, Bonn 1993, S. 90f. Grundlegend für die deutsch-französische Sicherheitspolitik in dieser Phase: Karl KAISER u. Pierre LELLOUCHE (Hg.), *Deutsch-französische Sicherheitspolitik: auf dem Wege zur Gemeinsamkeit?*, 2. Aufl., Bonn 1988; Lothar RÜHL, *Der Aufschwung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit seit 1982*, in: EBD., S. 27–47; ferner Georges-Henri SOUTOU, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996*, Paris 1996, S. 371ff.

sklerose« – eine doppelte Entwicklungslinie zu ziehen: zum einen eine Entwicklungslinie, die über die Einheitliche Europäische Akte (EEA) zur Revitalisierung der Westeuropäischen Union (WEU)⁷ und zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik des Vertrags von Maastricht verläuft; zum anderen freilich eine Entwicklungslinie, die gerade diesem Teilbereich der Europäischen Integration weitgehende Erfolglosigkeit attestiert. Ein unmittelbar vorzeigbares Ergebnis ging aus der deutsch-französischen Sicherheitsinitiative vom Oktober 1982 nicht hervor.⁸ Scheiterte – und scheitert? – die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht immer wieder – so lässt sich fragen – an den weiterhin tiefgreifenden Differenzen unter den Mitgliedsländern, an der fortbestehenden strategischen Schwäche Europas und an der daraus resultierenden Abhängigkeit von den USA? Tatsächlich zeigte ja die Geschichte des NATO-Doppelbeschlusses, dass der Wunsch nach Stärkung der europäischen Zusammenarbeit die US-amerikanische Prärogative im Hinblick auf die sicherheitspolitischen *essentials* keineswegs außer Kraft setzte. Kohl und Mitterrand gehörten zu den nachhaltigsten Befürwortern der Nachrüstung.

Beschränkten sich die europäischen Aktivitäten daher nicht – so muss weiter gefragt werden – im wesentlichen auf Proklamationen und symbolische Gesten:⁹ so etwa bei der Einrichtung der deutsch-französischen Brigade in den 1980er Jahren? Oder bei der Einforderung einer eigenständigen »außenpolitischen Identität Europas« – wie sie die EEA von 1986 proklamierte?

Zwar wird man – nicht zuletzt im Lichte der Erfahrungen während der neunziger Jahre, aber auch im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen – alle diese Fragen skeptisch beantworten müssen. Trotzdem dürfte das sicherheitspolitische Dilemma, in dem sich Westeuropa zu Beginn der 1980er Jahre befand, die Europäer darin bestärkt haben, die Fortentwicklung der Integration als schlichte Notwendigkeit zu sehen. Und insofern dürfte es zumindest indirekt auch einen wichtigen Beitrag zur *relance européenne* geleistet haben, auch wenn sich dies nicht in einer unmittelbar kohärenten europäischen Sicherheitspolitik materialisierte.

2. Die wirtschaftliche Zwangslage

Das gilt um so mehr, wenn man die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Rückwirkungen berücksichtigt, die sich aus dem sicherheitspolitischen Dilemma der Europäischen Gemeinschaft (EG) während der achtziger Jahre ergaben.

7 Ausführlich Eberhard BIRK, *Der Funktionswandel der Westeuropäischen Union (WEU) im europäischen Integrationsprozess*, Würzburg 1999, S. 113–122.

8 Vgl. die entsprechend kritische Sicht bei Gilbert ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, 2. Aufl., Stuttgart 1997, S. 340ff.

9 So spricht ZIEBURA für die 1980er Jahre denn auch von »symbolischer Politik«, EBD. S. 328ff.

Denn sicherheitspolitische Probleme implizieren stets auch rüstungswirtschaftliche und damit technologische Fragen. Und damit ist die zweite, die wirtschaftliche Zwangslage benannt, die dem Weg nach Maastricht Vorschub leistete. Denn als Präsident Reagan am 23. März 1983 eine Strategische Verteidigungsinitiative – das SDI-Projekt – ankündigte, ließ sich das zwar in Teilen der Öffentlichkeit durchaus publikumswirksam als »Krieg der Sterne« persiflieren; das konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Projekt – so vage es auch sein mochte – einen neuralgischen Punkt im Selbstverständnis der Europäer traf. Tatsächlich bekräftigte SDI schlagartig eine Einsicht, die den Europäern immer schmerzhafter bewusst wurde: dass sie nämlich im Bereich der modernen Hochtechnologien – und hier vor allem im Informations- und Kommunikationswesen – gegenüber den USA und Japan zunehmend in Rückstand gerieten.¹⁰ Hieraus – nicht aus seiner verteidigungspolitischen Bedeutung – erklärt sich die langandauernde Präsenz, die SDI auf der Tagesordnung der europäischen Politik eroberte. Vor allem aber provozierte es eine europäische Reaktion: das von Frankreich angestoßene Forschungsprogramm EUREKA. Konzentriert auf die Bereiche Informationstechnologie, Telekommunikation, Laser- und Biotechnik, gab es bis 1988 214 geförderte EUREKA-Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund vier Mrd. ECU. Dies verschaffte der EG nicht nur Wettbewerbsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt; sondern, was langfristig wichtiger war: das Programm fungierte als ein Schrittmacher des Binnenmarktes.

»EUREKA«, so resümierte ein hoher Beamter im Auswärtigen Amt 1986, »gibt einen Impuls in Richtung Abbau von Handelshindernissen im Bereich hochtechnologischer Güter und Dienstleistungen, um einen großen europäischen Binnenmarkt zustande zu bringen und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Industrien auf dem Gebiet fortgeschrittener Technologien zu stärken.«¹¹

Das Thema »Hochtechnologien« steht stellvertretend für mehrere Problemzonen, die zusammengekommen die wirtschaftliche Zwangslage der Europäischen Gemeinschaft Anfang/Mitte der 1980er Jahre beschreiben. Der Konjunktureinbruch des Jahres 1975 und die Weltwirtschaftskrise von 1979 bis 1982 hatten tiefe Spuren in den europäischen Ökonomien hinterlassen. 1982 standen die Zeichen EG-weit, wenn nicht auf Sturm, so doch auf »Stagflation«: Hohen Inflationsraten von durchschnittlich 9,8 % standen Nullwachstum, negative Leistungsbilanzen, steigende Haushaltsdefizite sowie ein signifikanter Anstieg der Arbeitslosenquoten – auf 10,6 % im Jahre 1983¹² – gegenüber.

10 Z. B. Bernd MEIER, *Moderne Schlüsseltechnologien. Kriterien und Entwicklungspotentiale*, Köln 1986, S. 30.

11 Klaus W. GREWLICH, *Forschungs- und Technologiepolitik*, in: JBEI 1986/87, Bonn 1987, S. 207–214, hier S. 213. Die genannte Zahl nach: DERS., *Forschungs- und Technologiepolitik*, in: JBEI 1988/89, Bonn 1989, S. 182–191, hier S. 187.

Zu den entscheidenden historischen Voraussetzungen des Maastricht-Prozesses gehört es nun, dass alle westeuropäischen Regierungen dieser ökonomischen Zwangslage mit mehr oder minder den gleichen Rezepten begegneten und dabei einem weitgehenden wirtschaftspolitischen Konsens folgten. Tatsächlich läutete der Krisenzyklus seit 1975 in ganz Europa das definitive Ende des Keynesianismus und – wenn man so will – des »sozialdemokratischen Jahrhunderts« ein. An der Spitze und am kompromisslosesten Großbritannien, wandten sich die Europäer monetaristischen, angebotsorientierten und marktwirtschaftlichen Konzepten zu, um die desolote wirtschaftliche Situation zu überwinden. Aus einer Konvergenz der Interessen – die Krise zu bekämpfen – wurde so die Konvergenz der Politik.

Im binnenökonomischen Bereich strebte diese Politik nach Haushalts- und Währungsstabilität, und durch Deregulierung suchte sie die Marktkräfte zu mobilisieren. Im internationalen Rahmen bekämpfte sie protektionistische Tendenzen und forderte den Abbau von Handelshemmnissen. Bis Mitte der 1980er Jahre hatte sich die Einsicht durchgesetzt, dass diese Linie den Interessen der beteiligten Länder am besten entsprach und sie am nachhaltigsten für die fortschreitende Internationalisierung der Wirtschaft, der anhebenden »Globalisierung« zu rüsten versprach. Für exportorientierte Ökonomien wie die deutsche oder die britische galt dies ohnehin. Entscheidend aber wurde, dass sich seit 1983 auch Frankreich unter seiner sozialistischen Regierung dem vorherrschenden Kurs anschloss. Nach dem Scheitern der sozialistischen Experimente in den Anfangsjahren seiner Präsidentschaft optierte Präsident Mitterrand dauerhaft für das Modell der marktwirtschaftlich orientierten Stabilitätspolitik.¹³ Ein solcher Geist wirtschaftspolitischer Gemeinsamkeit lag an der Basis der EEA und ihres Zieles, bis 1992 den Binnenmarkt – das heißt den freien Verkehr von Personen und Waren, Dienstleistungen und Kapital – zu verwirklichen.

3. Die finanzpolitische Zwangslage

Aus dem gemeinsam verfolgten Ansatz zur Lösung der wirtschaftlichen Zwangslage ergab sich jedoch fast notwendig eine neue, nämlich die finanzpolitische Zwangslage. Diese Zwangslage hatte sich schon im 1978 eingeführten Europäischen Währungssystem abgezeichnet. Sie bestand darin, dass die D-Mark als Währung der mit deutlichem Abstand stärksten europäischen Volkswirtschaft in einem zunehmend liberalisierten Europa auch zur wichtigsten, ja zur Leit- oder »Ankerwährung« werden musste. Sofern die EG-Mitgliedsstaaten das favorisierte marktwirtschaftliche Konzept zur Krisenbe-

¹² JBEI 1983, S. 114.

¹³ G. ZIEBURA (wie Anm. 8), S. 315f.

kämpfung und zur Schaffung von Wirtschaftswachstum verfolgen wollten, mussten sie sich währungspolitisch zwangsläufig an der dominanten D-Mark orientieren. Es ist gut bekannt, welche Irritationen dies in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nach sich zog.

Dies galt um so mehr im Hinblick auf die Entwicklung der Leistungsbilanz. Tatsächlich öffnete sich hier die Schere zwischen der Bundesrepublik auf der einen und ihren europäischen Partnern auf der anderen Seite immer weiter. Die Bundesrepublik wurde in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mehrfacher »Exportweltmeister«; ihr gegenüber verzeichneten alle EG-Mitgliedsstaaten ein mehr oder minder hohes Handelsdefizit. Gerade gegenüber der EG stieg der Ausfuhrüberschuss während der achtziger Jahren besonders dynamisch an. Wie die folgende Tabelle zeigt, verfünffachte er sich zwischen 1983 und 1989 von ca. 18 auf über 94 Milliarden DM.

Ausfuhrüberschuss der Bundesrepublik gegenüber den EG-Ländern
1983–1989 (in Mill. DM)

1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
18.334	26.370	31.600	51.433	62.305	80.833	94.181

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1990, S. 275.

Ganz offensichtlich war die Bundesrepublik unter allen europäischen Staaten am besten aus der Wirtschaftskrise 1979–1982 herausgekommen. Und beides, die übermächtige deutsche Leistungsbilanz und die daraus resultierende Stärke der D-Mark, verliehen der Bundesbank eine Stellung, die faktisch der einer europäischen Zentralbank bereits nahekam. Insofern offenbarte der wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik auf internationaler Ebene eine »gewaltige Kehrseite«: nämlich, wie Helmut Kohl im Oktober 1989 formulierte, »erhebliche, ganz erhebliche psychologische Verwerfungen.«¹⁴ Die Bundesrepublik, ihre zunehmend rascher an Fahrt gewinnende Wirtschaft und die Macht ihrer Zentralbank erschienen aus der Sicht der europäischen Partner geradezu bedrohlich.

Für alle Beteiligten ergab sich aus dieser Situation eine schwere finanzpolitische Zwangslage: Das überragende Interesse der Bundesrepublik bestand darin, den währungspolitischen Status quo, zugleich aber auch das Wohlbefinden und das Vertrauen der europäischen Partner zu bewahren; denn dies war die Voraussetzung für die weitere Liberalisierung des gemeinsamen Marktes, an der die exportorientierte Bundesrepublik ebenfalls ein vitales Interesse hatte.

¹⁴ Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), Bestand 08-001-091/1, Fraktionssitzung vom 24.10.1989, S. 27.

Das Interesse der Partner zielte dagegen darauf, die dominante währungspolitische Position der Bundesbank wenn nicht zu brechen, so doch zumindest zu europäisieren. Es war letztlich der Delors-Bericht vom April 1989, der den sich schon schließenden gordischen Knoten durchschlug: Seine Formel – gemeinsame Währung, dies aber zu den Konditionen der deutschen Währungsphilosophie – wurde zur Grundlage des Vertrages von Maastricht.

Zugleich wies der Delors-Bericht auch in einem anderen Grundsatzkonflikt den Weg: in der Auseinandersetzung nämlich zwischen sogenannten »Monetaristen« und »Ökonomen«, die bereits auf die Diskussionen um den Werner-Plan zurückging. In Frankreich dominierten seit Mitte der achtziger Jahre die Monetaristen, die auf eine politisch-institutionelle europäische Währungs- und Zentralbanklösung setzten, um institutionellen Druck auf die Mitgliedsländer auszuüben. In der Bundesrepublik dominierten dagegen die »Ökonomen«, die zunächst das allmähliche Zusammenwachsen der europäischen Volkswirtschaften einforderten und eine gemeinsame Währung allenfalls als »Krönung« eines längerfristigen Konvergenzprozesses betrachteten. Gestützt auf den tatsächlichen Konvergenzprozess seit Anfang der 1980er Jahre, schmiedete der Delors-Bericht ein Junktin: Der Prozess der sich fortbildenden Wirtschaftsunion und der zu errichtenden Währungsunion sollte sich *parallel* und zugleich *unwiderruflich* vollziehen. Konkret hieß das: Als Voraussetzung für eine gemeinsame Währung forderte der Delors-Bericht »bindende Regeln« zur Koordinierung und Konvergenz der makroökonomischen Politiken und des Haushaltsgebarens der Mitgliedsstaaten. Als Ziele dieser Regeln nannte der Bericht »Preisstabilität, ein ausgewogenes Wachstum, konvergierende Lebensstandards, einen hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht«.¹⁵ Dies entsprach im Kern den deutschen Vorstellungen; und tatsächlich war es in der Delors-Kommission gelungen, so resümierte intern deren deutsches Mitglied, Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, »unsere Vorstellungen weitgehend durchzusetzen – erstaunlicherweise«, wie er hinzufügte.¹⁶

Der Beschluss des Europäischen Rates in Madrid, am 26./27. Juni 1989, die im Delors-Bericht benannte erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Juli 1990 in Kraft zu setzen, verlieh dem europäischen Einigungsprozess eine neue Qualität. Trotzdem müssen die fortbestehenden Divergenzen betont werden.¹⁷ Denn wenn es um die Frage ging, wann die entscheidende

15 Delors-Bericht, in: *Europa-Archiv* (EA) 44 (1989), D 283-304, hier: D 287. Siehe Peter BOFINGER (Hg.), *Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion in Europa. Analysen und Dokumente*, Wiesbaden 1990, S. 109–46, hier S. 119.

16 ACDP 08-001-1091/1, Fraktionssitzung vom 24.10.1989, S. 21.

17 Werner WEIDENFELD mit Peter M. WAGNER u. Elke BRUCK, *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90*, Stuttgart 1998, S. 140f.

zweite und dritte Stufe erreicht werden sollte, offenbarten sich die grundlegenden Interessenunterschiede der europäischen Partner. Und es mangelte gerade in der Bundesrepublik nicht an Stimmen, die vor allem die *Probleme* des Übergangs betonten und dazu tendierten, den Abschluss der Wirtschafts- und Währungsunion im Namen der Stabilität in die vage Zukunft hinein zu datieren.

4. Die vereinigungspolitische Zwangslage

Damit tritt die vierte, nämlich die vereinigungspolitische Zwangslage ins Blickfeld. Sie verweist auf eine sensible Diskussion, die auch kontrovers geführt worden ist: War der Euro bereits vor dem 9. November 1989 auf sicherem Wege? Oder handelte es sich um ein Kompensationsgeschäft, mit dem die Zustimmung der europäischen Partner zur Wiedervereinigung gleichsam »erkauft« wurde? Die Wahrheit dürfte in einer nicht genau definierbaren Mitte liegen: Der Blick auf den Sommer 1989 lehrt zwar, dass alle Einzelteile des europäischen Puzzles spätestens seit dem Delors-Plan auf dem Verhandlungstisch lagen. Aber wie genau sie zusammenpassten und vor allem wann das Gesamtbild fertig werden würde, blieb zunächst offen. Und es dürfte wohl unleugbar sein, dass der deutsche Vereinigungsprozess den Prozess der europäischen Integration massiv beeinflusste und auf die Entstehung der Wirtschafts- und Währungsunion katalytisch wirkte. Die »psychologischen Verwerfungen«, vor denen Helmut Kohl schon im Oktober 1989 gewarnt hatte, konnten sich angesichts einer nahenden Wiedervereinigung nur verstärken. Über die Frage des konkreten Fahrplans zur Währungsunion gab es im November/Dezember 1989 auch zwischen Bonn und Paris erhebliche Verstimmungen.¹⁸ Die europäischen Partner trieb die Sorge vor einem deutschen Alleingang um, und um so nachdrücklicher erhob sich die Forderung, den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion durch konkrete Schritte zu sichern und zu beschleunigen. Im Februar 1990 resümierte Jacques Delors in einem vertraulichen Gespräch mit Beamten des Kanzleramtes die kritischen Stimmen: »Angesichts der großen Energie«, so sagte er, »mit der sich die Deutschen derzeit auf die Frage der Wiedervereinigung konzentrierten, verblassten in den Augen der Kritiker die europäischen Willensbekundungen der Bundesregierung, solange ihnen nicht konkrete Schritte folgten.«¹⁹

Umgekehrt freilich bildete die Zustimmung zur Währungsunion für die Bundesregierung ein herausragendes »bargaining chip« – einsetzbar zur rechten Zeit, um den Vereinigungsprozess außenpolitisch zusätzlich absichern zu kön-

18 Jacques ATTALI, *Verbatim III (1988–1991)*, Paris 1995, S. 349ff.

19 *Deutsche Einheit*, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes, Nr. 188: Gespräch des Ministerialdirigenten Hartmann und des Ministerialrats Ludewig mit Präsident Delors, Paris 16.2.1990, S. 853.

nen. Insofern wiederholte sich auf einer anderen Ebene die Situation der fünfziger Jahre: Die Sorge der westlichen Nachbarn vor einem politischen Abdriften der Deutschen mit ihrem überlegenen Wirtschaftspotential gebar die europäische Lösung. Zugleich waren Bundeskanzler Helmut Kohl, Außenminister Hans-Dietrich Genscher und mit ihnen die Mehrheit der Deutschen unumstößlich davon überzeugt, dass gerade ein wiedervereinigtes Deutschland der um so festeren Integration in das westliche Bündnis und in die Europäische Gemeinschaft bedurfte. Die Zwangslage, die sich für alle Beteiligten aus dem Zusammenbruch der DDR und der unvorhergesehenen Dynamik des Vereinigungsprozesses ergab, ließ sich auf diese Weise europäisch auflösen.

5. *Europäischer Mythos?*

Vier Zwangslagen wirkten also seit Beginn der 1980er Jahre zusammen, um den Wegweiser in Richtung auf die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion zu stellen: die sicherheitspolitische, die wirtschaftliche, die finanzpolitische und schließlich die vereinigungspolitische. Aber auch zusammengekommen reichen sie wohl kaum aus, um die starke europapolitische Intention zu erklären, welche die Akteure auf ihrem Weg nach Maastricht an den Tag legten. Vielmehr musste noch ein wesentliches Element hinzukommen, nämlich ein wirkungsmächtiges historisches *Deutungsmuster*. Nun wurde und wird ja regelmäßig darüber geklagt, dass es keine europäische »Identität« gebe, auf der die übernationale Europäische Union ausruhen könne. An dieser Stelle sei eine gegenteilige These vertreten, die lautet: Die Europäische Integration hat bereits längst ihren eigenen »Mythos« hervorgebracht, einen Mythos, der kollektive Identität stiftet und aus dem die Union selbst wiederum ein hohes Maß an Legitimität zu schöpfen vermag. Im konkreten Fall – wie auf dem Weg nach Maastricht – weist er auch auf politische Ziele hin.

Um Missverständnisse auszuschließen: Es geht hier keineswegs um einen negativ besetzten Mythos-Begriff, der jetzt ideologiekritisch auseinanderzunehmen, eben zu entmythologisieren wäre. Vielmehr lässt sich auch im Hinblick auf die Geschichte der europäischen Integration an neuere kulturgeschichtliche Erkenntnisse anknüpfen. So geht die neuere Forschung in Anknüpfung an ethnologische und kulturanthropologische Arbeiten von der logischen Eigenständigkeit mythischer Sinnsysteme aus und gesteht ihnen daher auch ein ernst zu nehmendes historisches Eigenrecht zu.²⁰ Mythen manifestieren sich demzufolge häufig in ikonographischer und symbolischer Verdichtung. In dieser Hinsicht verzeichnet die Europäische Union zweifellos ein

20 Vgl. z. B. Claude LÉVI-STRAUSS, *Mythos und Bedeutung*, Frankfurt/M. 1980; Jan ASSMANN, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, 4. Aufl., München 2002, S. 75–78.

Defizit, auch wenn abgewartet werden muss, ob nicht der Euro entsprechende Entwicklungspotentiale freisetzt. Wichtiger aber ist – und war in den 1980er Jahren – die andere Form der Mythos-Manifestation: die große *Erzählung*. Seit den Anfängen der europäischen Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich diese große Erzählung – ein master narrative gewissermaßen – als ebenso einfach wie vital erwiesen. Sie handelt von einem Europa, das sich aufgrund nationaler Zerrissenheit und nationalistischer Hybris in zwei Kriegen an den Rand der Selbstzerstörung brachte. Vor dem Hintergrund dieser bitteren historischen Erfahrung gab es nur einen Weg, Europa zu retten und ihm die Möglichkeit der Regeneration, des Wiederaufstiegs zu geben und die Freiheit seiner Bürger zu sichern: nämlich die Feindschaften zu überwinden, die Gräben aufzuschütten und sich zur Lösung der Probleme dauerhaft zusammenzuschließen. Unter der Ägide der großen Europäer – von Adenauer bis Schuman, von Monnet bis Spaak – gelang dies seit 1950 erfolgreich: Die Gemeinschaft bildete sich und sie bekannte sich »zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit«; sie stärkte »die Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen« und förderte deren »wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt«.²¹ So formulierte es zum Beispiel die Präambel des Vertrages von Maastricht. In ihrem Kern reichte diese Erzählung bereits weit zurück und ist teilweise schon vor 1933/39 antizipiert worden. Während der 1980er Jahre aber erfuhr sie einen neuen Aufschwung. Vor allem bei den bilateralen Treffen zwischen Kohl und Mitterrand wurde sie in geradezu ritueller Form erzählt. So sprach etwa Mitterrand, als er am 20. Januar 1983 seine aufsehenerregende Rede vor dem Bundestag hielt, ausführlich von der Erfahrung des Krieges, aus der Franzosen wie Deutsche gelernt hätten.²² Und für Helmut Kohl war es »ein großartiges Ergebnis von Politik, wenn Erfahrung aus der Geschichte in die Politik gegossen wird«.²³ Der Rekurs auf den Krieg, das Lernen aus ihm und die Beschwörung der künftigen, konstruktiv-friedlichen Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen bildete für den Mythos der europäischen Einigung einen wichtigen Baustein.

Freilich verhält es sich bei diesem europäischen Mythos wie bei jedem historischen Mythos. Man kann ihn nicht zum Nennwert nehmen. Aber er erfüllte und erfüllt zentral wichtige Funktionen, ohne die eine Weiterentwicklung der europäischen Integration kaum denkbar war und ist. So besteht eine entschei-

21 Aus der Präambel des Vertrages von Maastricht.

22 BT, 9. WP, Bd. 123, S. 8978–8984. Vgl. zur Entstehung dieser Rede Hélène MIARD-DELA-CROIX, *Ungebrochene Kontinuität. François Mitterrand und die deutschen Kanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl 1981–1984*, in: VfZ 47 (1999), S. 539–558, hier S. 550ff.

23 Rede Helmut Kohls am 21. Januar 1983, in: *Bulletin* 8 (1983), S. 75.

dende Funktion des Mythos in der *Reduktion von Komplexität*. Denn wie kann der Bürger Europas und erst recht der politisch handelnde Akteur die unendlich komplexe, komplizierte und widerstreitende Realität der sechs, zehn, zwölf oder fünfzehn Mitglieder überhaupt ertragen? Wie kann er sie ertragen, wenn er nicht über griffige Formeln verfügt, die es ihm erlauben, diese Realität im Sinne des herrschenden Deutungsmusters zu vereinfachen? Und hätten die Akteure der 1980er Jahre *ohne* die komplexitätsreduzierende Kraft des Mythos den Mut aufbringen können, ein politisch, wirtschaftlich und technisch derart kompliziertes, riskantes und unwägbares Unternehmen wie die Wirtschafts- und Währungsunion in Angriff zu nehmen?

Eine wichtige Voraussetzung hierfür entsprang freilich einem weiteren Merkmal des lebendigen Mythos der fortschreitenden europäischen Integration. Denn wenn die Akteure der 1980er Jahre über europapolitische Blaupausen sprachen, betonten sie immer wieder, die Entwicklung sei »unumkehrbar« und *alternativlos*. Wenn man sich zum Beispiel den Delors-Bericht, aber auch die Verlautbarungen der europäischen Gipfeltreffen ansieht, so wird man rasch erkennen, wie stark dort das Wortfeld »irreversibel«, »unumkehrbar«, »unwiderprüflich« etc. vertreten ist. Reduktion von Komplexität und Irreversibilität bedingen im Mythos einander; beides bildet nämlich die Voraussetzung für seine *Weitererzählbarkeit*.

Tatsächlich unterstreicht es die Lebendigkeit des Mythos von der europäischen Integration, dass er von jeder Generation aufs neue weitererzählt werden konnte. In dem Maße, wie er *historische Orientierung* setzt und ein mächtiges Deutungsmuster bereitstellt, werden Herkunft und Zukunft Europas transparent. Die strukturierte Erzählung der Vergangenheit erleichtert auch die Vorstellung oder gar Planung der Zukunft. Dabei lässt sich vermuten, dass der Ursprungsmythos der europäischen Integration Handlungsmodelle erzeugte, die auch künftige Wege zu gemeinsamem politischen Handeln ebneten. Im besonderen dürfte dies für die 1980er Jahre gelten. Nicht zufällig sah sich Helmut Kohl gerade auch europapolitisch dezidiert in der Tradition Konrad Adenauers. Und nicht zufällig wurde 1988 in Frankreich das »Europäische Jahr Jean Monnet« ausgerufen und die Asche des großen Europäers in das Panthéon überführt.²⁴ Schließlich weist die Art und Weise, wie aus den beschriebenen Zwangslagen der 1980er Jahre eine europäische Lösung wurde, nicht wenige Parallelen mit dem »Ursprungsmythos« von 1950 auf. Der lebendige Mythos half, Zwangslagen zu überwinden und den politischen Willen der Akteure zu beflügeln.

²⁴ Hans-Werner GRAF, *Die französische Europapolitik und der europäische Binnenmarkt*, in: *Mitteilungen des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen* 18 (1990), S. 1–60, hier S. 21.

Vieles spricht dafür, dass die Akteure der 1980er Jahre, die ja allesamt noch Zeugen des Weltkrieges waren, ein besonderes Bedürfnis entwickelten, ihre historische Erfahrung durch die Weitererzählung des Mythos dem europäischen »Gedächtnis« unwiderruflich einzuschreiben. Für die Weitervermittlung historischer Erfahrung stellt der Ablauf einer Periode von ca. 40 Jahren eine besonders kritische Schwelle dar. Persönliche Erinnerung beginnt nach diesem Zeitraum zu verlöschen, konkurrierende, von historischer Erfahrung weniger abhängige Deutungsmuster entstehen. Um so mehr musste sich die Generation der damals Handelnden herausgefordert fühlen. »Die Verantwortung unserer Generation für Europa«, so formulierte es Hans-Dietrich Genscher 1988, »liegt in der Vollendung der Europäischen Union.«²⁵ Und in ähnlicher Weise steckte Helmut Kohl bereits 1983 den künftigen Weg ab: »Wir brauchen ... den festen Willen, um uns von unserem Ziel einer Europäischen Union nicht abbringen zu lassen. ... Unser Auftrag ist und bleibt, mit aller Kraft daran mitzuwirken, dass Europa für unsere Kinder und Enkel ein Kontinent bleibt, in dem sich zu leben und zu arbeiten lohnt.«²⁶

Unter einer entsprechend weitgesteckten, kulturhistorisch angereicherten Perspektive lässt sich Maastricht also durchaus als europäisches Vermächtnis einer Generation begreifen. So verstanden wären die europäische Wirtschaftsunion und der Euro gewissermaßen zur Institution geronnene historische Erfahrung.²⁷ Zwar bleibt abzuwarten, wieweit das in der Kriegserfahrung wurzelnde Deutungsmuster der »großen Erzählung« künftig noch Wirkung entfaltet, aber auch wenn es, was manche befürchten, für die Nachkriegsgenerationen an Plausibilität und an Prägekraft verlieren sollte, so hat doch die aus der Geschichte legitimierte Schaffung der europäischen Institutionen den »Erfahrungsraum« der Nachgeborenen grundlegend neu gestaltet. Maastricht hat daher auch den »Erwartungshorizont« sowie die europäischen Zukunftserwartungen der Mitlebenden verändert.²⁸ Neue Entscheidungen und Entwicklungen sind unwiderruflich auf die Ebene des bereits weit integrierten Europa gestellt worden.

25 Rede von Außenminister Genscher vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, 20.1.1988, in: EA 43 (1988), D 150.

26 Erklärung zum Europäischen Rat in Stuttgart, 22.6.1983, in: Helmut KOHL, *Reden 1982–1984*, Bonn 1984, S. 220.

27 Zum Mechanismus solcher Institutionalisierungsprozesse vgl. Peter L. BERGER u. Thomas LUCKMANN, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, 5. Aufl., Frankfurt/M. 1977, hier S. 49ff.

28 Vgl. Reinhart KOSELLECK, »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien, in: DERS., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt/M. 1979, S. 349–375.